

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Der Haushalt 2024 ist finanziert. Er ist nicht in sich ausgeglichen, Herr von Essen kritisierte im Finanzausschuss „er wurde ausgeglichen“. Das ist sicher richtig, aber das ist leider auch kein neues Phänomen, sondern es war schon 2021,(da war die CDU noch in der Mehrheitsgruppe), 2022 und 2023 so und wir mussten auf die Überschussrücklage zurückgreifen.

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Minus von 771.970 Euro ab, die aus der Überschussrücklage ausgeglichen werden. Der Finanzhaushalt in der laufenden Verwaltungstätigkeit dagegen mit einem Plus von knapp 2,65 Mio Überschuss. Das reicht, um die lfd. Tilgungen zu bedienen und eine Eigenfinanzierungskraft zu erwirtschaften. Diese ist aber deutlich zu gering.

Der Haushalt 2024 enthält Investitionen im Umfang von 21.218.000 Euro, was unter Berücksichtigung von Einnahmen, Eigenfinanzierung und Tilgung zu einer Kreditaufnahme von 12.834.820 Euro führt.

Das hört sich hoch an, das ist auch hoch, vor allem lässt es unseren Schuldenstand zum Ende des Jahres 2024 auf 20,5 Mio Euro anwachsen.

Nicht dass die SPD Fraktion damit zufrieden ist, doch zeigen sie mir im Umkreis eine Kommune, die in heutigen Zeiten wo Unterhaltungsmaßnahmen, Baukosten, Personalkosten krisen- und inflationsbedingt geradezu explosionsartig gestiegen sind, ihren Haushalt ausgleichen kann, ohne auf Überschussrücklagen und Kredite zurückzugreifen. Ich kenne keine.

Was wäre denn die Alternative, nicht mehr investieren? Das kann es nach unserer Auffassung nicht sein, wir schieben bereits einen großen Investitionsstau vor uns her. Konzentration auf reine Pflichtaufgaben? Ja, aber sinnhafte freiwillige Investitionen müssen auch noch möglich sein.

Die Verwaltung hat die Mittelanmeldungen aus den jeweiligen Einrichtungen und Fachbereichen im Investitionsbereich bereits um 1,8 Mio Euro gekürzt. Die verbliebenen Investitionen sind daher weitestgehend auf die Pflichtaufgaben und die vertraglich gebundenen Verpflichtungen beschränkt.

Hierzu gehören beispielsweise als Pflichtaufgaben die

- Planungskosten für den Umbau des Kindergarten Loy
- Planungskosten für den Neubau des Kindergarten Kleibrok
- Planungskosten für die Erweiterungen der Feuerwehrgerätehäuser Ipwege-Wahnbeck und Hahn
- Investitionen in die Kläranlage für Rechen und Zulaufschnecken,
- nicht länger verschiebbare Sanierungen in Schmutz- und Regenwasserkanäle,

aber auch ein Zuschuss an den Landkreis für die Breitbandversorgung unserer Gewerbegebiete mit 1,22 Mio. Euro und der seit langem vertragliche vereinbarte Ankauf des Gelände Bohmanns in Kleibrok für die Verlegung des Bauhofes von 3.7 Mio. Euro. Fraktionsübergreifend war es uns wichtig, die Fa. Bohmann aus Kleibrok auszusiedeln, das Gelände des Bauhofes soll ein Baugebiet werden, was dann hoffentlich auch wieder Einnahmen bringt.

Aber diese Investitionen nicht vornehmen, weiterhin schieben?

Eltern haben einen Rechtsanspruch auf die Unterbringung ihrer Kinder in Kitas, die gute Ausstattung unserer Feuerwehren mit Fahrzeugen, Hilfsmitteln, untergebracht in ausreichend dimensionierten Gebäuden sichert unser aller Leben, wir haben es gerade in den Hochwassergebieten erfahren, wie wichtig die gute Ausstattung der Feuerwehr ist.

Die Gewerbebetriebe brauchen vernünftige Breitbandanschlüsse, und auch Aufgaben des Klimaschutzes wie Wärmeplanung, Mobilitätsplanung, die energetische Sanierung unserer Gebäude sind zum einen gesetzlich vorgeschrieben und zum anderen notwendig, um voranzukommen. Das senkt mittelfristig die Unterhaltungskosten und wir sind es den nachfolgenden Generationen schuldig.

Wir brauchen auch Personal, dass all diese Aufgaben ausführt und begleitet. Hieran zu Sparen macht unserer Auffassung nach überhaupt keinen Sinn. Eine einzige IT Administration für unsere 6 Grundschulen, die Förderschule und die KGS ist beispielsweise nicht ausreichend. Da braucht es keine großen Stellenbeschreibungen, wie von der CDU im Finanzausschuss gefordert, da braucht es nur die normale Logik. Wenn wir die Digitalisierung wollen, dann braucht es eben auch Personal, und zwar jetzt.

Gleichwohl muss es aber auch noch Möglichkeiten geben, freiwillige Maßnahmen anzupacken. Lange anstehende Straßensanierungen zum Beispiel, die Ausstattung von Spielplätzen und auch die Sanierung des Palais. Wir haben es 2018 gekauft, weil wir es als Kulturgut für Rastede erhalten wollten, nun sind wir auch verpflichtet, es mindestens vernünftig instand zu halten und gewisse Mindeststandards wie barrierefreie Zugänge, vernünftige Sanitäranlagen und Möglichkeiten für Veranstaltungen zu schaffen. Die ursprünglich angedachte Veranstaltungshalle wurde auf unseren Antrag hin bereits gestrichen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Alexander von Essen hat in der letzten Sitzung des Finanzausschusses der Mehrheitsgruppe mangelnde Haushaltsdisziplin vorgeworfen und die Aufkündigung der Zusammenarbeit im Arbeitskreis Haushalt angekündigt, an der er selbst meines Wissens nur einmal teilgenommen hat. Als einen Grund führt er eine fehlende grundlegende Gesamtkonzeption für das Baugebiet Loy an. Die ist aber in Auftrag gegeben, und das wissen Sie genau. Mal wieder so ein Versuch, wie seit Jahren, dass Baugebiet in Loy zu schieben. Weshalb eigentlich? Gibt es persönliche Befindlichkeiten (oder Interessen) in Ihrer Fraktion.

Ein weiterer Grund: die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften wurde noch nicht eingehend beraten. Dabei haben gerade Sie Druck gemacht, die Verwaltung möge u.a. die Anmietung von Container vorantreiben, weil die Sporthalle Wilhelmsstraße frei werden soll. Jetzt sind die Mittel eingeplant, auch wieder nicht richtig.

Im Kulturausschuss haben wir mit Mehrheit die Einbeziehung des Wirtschaftshofes mit aufgenommen, was Sinn macht, da es ein Gesamtensemble darstellt. Auch dies haben Sie beanstandet. Das ändert an den Gesamtkosten aber gar nichts, es bleibt bei 1,1 Mio., die schon im Haushalt enthalten sind. Eine spätere Umsetzung kann in heutigen Zeiten nur teurer werden.

Was aber sind ihre Einsparvorschläge? Ich kann da spontan nichts erkennen? Sie haben sich in allen Fachausschüssen enthalten, im Finanzausschuss den Haushalt abgelehnt, ich gehe davon aus, dass sie es gleich auch wieder tun werden. Das ist natürlich sehr einfach, konstruktive Zusammenarbeit ist es nicht. Von daher kann uns die Androhung einer Aufkündigung auch nicht wirklich schocken.

Der Haushalt 2024 wurde ausgeglichen und ist, wenn auch mit Krediten, finanziert. Sorgen machen die Folgeinvestitionen für Kindergärten,

Feuerwehrrhäuser, Schulen usw. in den kommenden Jahren. Bei der KGS bedarf es dringend weiterer Sanierungen, die Grundschulen brauchen Mensen.

Wir werden auch in den Folgejahren Investitionen strecken und schieben müssen. Wir werden Konzepte benötigen, die Sanierungen in Teilabschnitte aufteilen und Finanzbedarfe aufzeigen. Auch deshalb wollen wir eine eigene schulfachliche Planung für die KGS und keinen Schulentwicklungsplan, für den ohnehin der Landkreis zuständig ist.

Wir müssen aber auch die Einnahmesituation im Blick haben. Gebühren und Entgelte müssen auf den Prüfstand.

Die Gebühren für Bäder und Bücherei haben wir bereits angepasst, obwohl so etwas auch immer schwerfällt.

Die Kitagebühren möchten wir nach Einkommen staffeln, weil es mit einem Pauschalbetrag mindestens für die unteren Einkommen nicht gerecht ist, gleichzeitig erhoffen wir uns davon natürlich auch Mehreinnahmen. Der Antrag liegt bereits vor.

Wir möchten eine kostendeckende Beteiligung der Gemeinde Wiefelstede für ihre Schülerinnen und Schüler, die die KGS besuchen. Da ist noch deutlich Luft nach oben.

Wir wünschen uns eine wirtschaftliche Beteiligung an Windenergieanlagen und hoffen, dass wir da in diesem Jahr konzeptionell deutlich vorankommen. Der Antrag dazu liegt ebenfalls vor.

Wir müssen noch mehr nach Förderungen Ausschau halten und erhoffe uns da auch einiges von der dazu geschaffenen Stelle.

Wir sind auch der Auffassung, dass es unumgänglich ist, perspektivisch – nicht für 2024 - die Steuern anzuheben, sowohl die Grundsteuern als auch die Gewerbesteuern. Da haben sie, liebe CDU, ja bereits im Sommer 23 in den sozialen Medien verbreitet, dass sie gegen eine Steuererhöhung sind, obwohl es für 2024 noch gar nicht zur Debatte stand.

Wir müssen aber auch unsere außerordentlichen Erträge erhöhen, insbesondere müssen wir jetzt langsam mal die Grundstücke verkaufen, die wir seit langer Zeit vorhalten, insbesondere im Göhlen.

Also, alles im allem, Einnahmesteigerung und Ausgabendisziplin. Ich bin gespannt, welche Vorschläge da gleich von der CDU Fraktion kommen, bisher habe ich da noch nichts Konkretes gehört.

Ich möchte aber nicht zum Schluss kommen, ohne der Verwaltung insgesamt, insbesondere aber Herrn Hollmeyer und seinem Team für die geleistete Arbeit für den Haushalt 2024 zu danken. Wirklich kein einfaches Unterfangen.

Wir stimmen dem Haushalt 2024 natürlich zu.

- Es gilt das gesprochene Wort -